

Zur Entscheidung an:

Zweckverband Abfallbehandlung Kahlenberg

**Anlage:**

**Wirtschaftsplan des ZAK für die Wirtschaftsjahre 2019 und 2020**

---

**I. Entwurf des Wirtschaftsplans für die Wirtschaftsjahre 2019 und 2020**

**II. Es wird folgende Beschlussfassung vorgeschlagen:**

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Abfallbehandlung Kahlenberg beschließt den Wirtschaftsplan für die Jahre 2019 und 2020.

**III. Begründung**

Der Entwurf des Wirtschaftsplans für die Wirtschaftsjahre 2019 und 2020 ist der Beratungsunterlage als Anlage beigefügt.

**1. Erfolgsplan 2019**

Im Erfolgsplan sind im Jahr 2019 Erträge und Aufwendungen in Höhe von 27.085.100 Euro ausgewiesen; rund 729.000 Euro mehr als im Jahr 2017.

Mehraufwendungen ergeben sich insbesondere bei folgenden Konten:

**55/56 Personalaufwand (+380.000 Euro), Seite 4**

Hier wurde eine Tarifierhöhung von rund 250.000 Euro (Anstieg im März 2018 um 3,19%, ab April 2019 um 3,09%) berücksichtigt. Des Weiteren sind ca. 25.000 Euro für Stufensteigerungen im öffentlichen Dienst, rund 20.000 Euro aufgrund Stellenneubewertungen mit Inkrafttreten der neuen Entgeltverordnung sowie ca. 85.000 Euro für den vollzogenen Stellenaufbau aus dem PLAN 2018 anzusetzen.

**57/58 Abschreibungen (+420.000 Euro), Seite 4 / Seite 12 / Seite 22**

Die Abweichung zum Ergebnis 2017 resultiert u.a. aus der Abschreibung für den Bereich „Erdaushubdeponie“ (Rekultivierung Abschnitt Süden) in Höhe von 287.500 Euro sowie aus der Vollabschreibung des vorläufigen Prozentanteils des Feuerwehrfahrzeuges für die Gemeinde Ringsheim in Höhe von 155.200 Euro.

59950 Nachsorge-Rückstellung Rekultivierung Abschnitt Süden (+330.000 Euro), Seite 4 / Seite 11 / Seite 12

Maßgeblich für den Anstieg ist die Bildung der Nachsorge-Rückstellung für die Rekultivierung Abschnitt Süden in Höhe von 330.000 Euro.

Ohne Berücksichtigung der Betriebskostenumlage und der Entnahme aus der Nachsorge-Rückstellung werden gegenüber dem Jahr 2017 geringere Einnahmen aus Schrotterlösen und aus geringeren Anlieferungen sonstiger Abfälle durch Dritte in Höhe von rd. 290.000 Euro veranschlagt (Seite 3 / Seite 9).

Aufgrund dieser Mindereinnahmen sowie den Mehraufwendungen muss die Betriebskostenumlage, die der Ortenaukreis und der Landkreis Emmendingen entsprechend der angelieferten Abfallmenge zu tragen haben, von 21.432.561 Euro in 2017 auf 22.569.900 Euro erhöht werden.

Die Entnahme aus der Nachsorge-Rückstellung beträgt 1.657.000 Euro; im Jahr 2017 belief sich die Entnahme auf 1.773.900 Euro.

## **2. Erfolgsplan 2020**

Im Erfolgsplan für das Jahr 2020 sind Erträge und Aufwendungen in Höhe von 26.945.670 Euro geplant; 139.000 Euro weniger als im Jahr 2019.

Es ergeben sich keine großen Abweichungen zum Jahr 2019. Tarifierhöhungen sowie inflationsbedingte Anpassungen sind berücksichtigt.

Gegenüber 2019 verringert sich die Betriebskostenumlage aufgrund geringerer Aufwendungen um rd. 255.130 € auf 22.314.770 Euro. Die Differenz von 0,255 Mio. Euro ergibt sich aus der Vollabschreibung des vorläufigen Prozentanteils des Zuschusses zur Beschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges für die Gemeinde Ringsheim im Jahr 2019 sowie aus einer höheren Entnahme aus der Nachsorge-Rückstellung im Jahr 2020.

Die Entnahme aus der Nachsorge-Rückstellung erhöht sich auf 1.768.700 Euro aufgrund der Ansätze im Rahmen der Rückstellungsberechnung.

### 3. Vermögensplan

Die Einnahmen und Ausgaben des Vermögenshaushalts betragen im Jahr 2019 6.556.100 Euro und im Jahr 2020 11.375.500 Euro. Folgende Ausgaben sind geplant:

	2019	2020
- Investitionen einschl. Vorräte	4.339.200 Euro	9.494.000 Euro
- Auflösung Ertragszuschüsse	112.800 Euro	112.800 Euro
- Entnahme aus Rückstellungen	1.657.000 Euro	1.768.700 Euro
- Tilgung von Krediten / inneren Darlehen	447.100 Euro	0 Euro

Die hohen Investitionen sind im Wesentlichen auf das vorgesehene Projekt „Rohstoffrückgewinnung aus Ersatzbrennstoffen“ zurückzuführen. Für dieses Projekt wurde eine Investition von insgesamt 25 Mio. Euro zugrunde gelegt, die sich nach der vorläufigen Planung auf die Jahre 2019 bis 2022 verteilt. Den geplanten Investitionskosten stehen vorläufig angenommene Zuschüsse des Umweltministeriums in Höhe von 5 Mio. Euro gegenüber (Seite 6).

### 4. Stellenplan und mittelfristige Finanzplanung

Der Stellenplan weist jeweils 85,54 Planstellen aus (Seite 6 / Seite 26).

Die ausgewiesene Stellenmehrung gegenüber den Planstellen 2018 von 80,49 Stellen ergibt sich im Wesentlichen aus krankheitsbedingter Vertretung und Umorganisation. Des Weiteren wurden zur Optimierung von Wartungsarbeiten weitere geringfügig Beschäftigte eingestellt.

Die mittelfristige Finanzplanung (Seite 27) zeigt die Entwicklung bis zum Jahr 2022.

Bedingt durch das EBS\*-Projekt steigen die Einnahmen sowie Ausgaben in den Jahren 2019 bis 2021 von 6,56 Mio. Euro in 2019 über 11,38 Mio. Euro in 2020 auf 12,23 Mio. Euro in 2021 an. Im Jahr 2022 sind lediglich noch 7,62 Mio. Euro auszuweisen, da der Großteil der Projektinvestition bereits getätigt wäre.

Tariferhöhungen sowie inflationsbedingte Anpassungen sind berücksichtigt.

Eine Aufnahme von Fremdkrediten ist im Betrachtungszeitraum nicht geplant.

\*Ersatzbrennstoffe